

MICHELINE CALMY-REY SOLLTE MEHR AUF DIE EU-SKEPSIS DER GEWERKSCHAFTEN ACHTEN

Der Zürcher AL-Gemeinderat fordert die Linke auf, in der EU-Debatte einen dritten Weg zu gehen. Die Linke könne und solle den Druck der EU genau so gezielt für ihre eigenen Ziele einsetzen, wie das Economiesuisse schon seit langem tue.

Niklaus Scherr, du sagst, dass die Schweiz unter massivem ökonomischen und politischen Druck der EU stehe. Und du bezeichnest die Frage „EU ja oder nein“ gar als Scheinfrage. Warum kommst du zu diesen Schlüssen?

Ob drinnen oder draussen: aufgrund ihrer geografischen Lage und ihrer starken wirtschaftlichen Verflechtung steht die Schweiz automatisch unter hohem ökonomischen und politischen Druck der EU. „EU ja oder nein“ ist zurzeit eine Scheinfrage, weil alle wissen, dass ein Beitritt in den nächsten paar Jahren sicher nicht zur Diskussion steht. Ich spreche aber auch von Scheinfrage, weil die Fixierung auf das Thema „Beitritt oder nicht?“ den Blick auf die realen Verhältnisse verstellt. Zwar wird es nicht offen ausgesprochen, aber der grösste Teil unserer aktuellen Gesetzgebung ist Anpassung an EU-Recht. Statt die Beitrittsfrage ins Zentrum zu stellen, sollten wir eher die einzelnen Dossiers analysieren und intelligente Offensiv- und Defensivstrategien entwickeln. Dazu brauchen wir eine Standortbestimmung, welche Grundwerte und Grundpositionen unbedingt gewahrt werden sollen.

Wie sollen sich Linke zu der emotional aufgeladenen „Souveränitätsfrage“ stellen?

Seit der Erweiterung auf 27 Mitglieder signalisiert die EU immer deutlicher, dass sie künftig nur noch dynamische Verträge will, d.h. Verträge, bei denen die Schweiz automatisch spätere EU-Gesetzesänderungen und auch die EU-Rechtsprechung übernehmen müsste. Angesichts der stark neoliberal geprägten Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) ist das ein echtes Problem. So hat der EuGH eine Streikaktion zur Durchsetzung lokaler GAV-Normen als Verstoss gegen die Dienstleistungsfreiheit und als Nötigung qualifiziert (Fall Laval, Schweden). Im Fall Ruffert hat er es als zulässig erklärt, dass entsandte polnische Arbeiter in Deutschland zu den Lohnsätzen ihres Herkunftslandes statt zum ortsüblichen Tariflohn bezahlt werden; konkret ging es um Löhne, die nur 46.5% des Tariflohns ausmachten.

Du hast die sich im Rahmen der Bilateralen III stellenden Fragen im Bereich des Strommarkts und der Steuerpolitik analysiert. Zu welchen Schlüssen kommst du?

Das Referendums-Nein zur ersten Strommarkt-Vorlage war ein strategisch wichtiger Sieg für die Linke im Kampf gegen den Neoliberalismus. Bei der zweiten Vorlage, dem Stromversorgungsgesetz (StromVG), wurde darum ein zweistufiges Vorgehen beschlossen, um den Liberalisierungsgegnern vor der vollständigen Marktöffnung (2015) nochmals ein Referendum zu ermöglichen. Die EU sagt jetzt aber klar: ein Stromabkommen Schweiz-EU und ein Referendum gegen das StromVG schliessen sich aus.

Bei der Steuerpolitik ist der EU die extrem niedrige Besteuerung für ausländische Gewinne in Schweizer Holding- und Verwaltungsgesellschaften seit langem ein Dorn im Auge. Economiesuisse will diesen aussenpolitischen Druck für einen steuerpolitischen Unterzug benutzen: um die EU ruhig zu stellen, sollen auch die Gewinnsteuersätze für Gewinne, die im Inland erzielt werden, auf das Dumping-Niveau der ausländischen Gewinne gesenkt werden. Das wäre ein Mega-Steuer geschenk für Pharmaindustrie, Banken und Versicherungen. Der Bund und die Kantone Basel, Genf und Zürich würden je zwischen einer halben und einer ganzen Milliarde Steuereinnahmen pro Jahr verlieren. Das ist absolut indiskutabel.

Du forderst umfassende Kompensationsmassnahmen für die „unvermeidliche Annäherungen an den neoliberalen ‚acquis communautaire‘“. An was für Kompensationsmassnahmen denkst du?

Das StromVG fordert, dass das schweizerische Hochspannungsnetz (swissgrid) mehrheitlich im Besitz von Bund und Kantonen sein muss. Solange die Swissgrid als Aktiengesellschaft konstituiert ist, ist diese Bestimmung nicht EU-kompatibel und rechtlich gegenüber kaufwilligen EU-Aktionären nicht durchsetzbar. Würde das Hochspannungsnetz aber in eine öffentlich-rechtliche Netzgesellschaft eingebracht – wie das die Linke in der StromVG-Debatte vergeblich gefordert hat – wäre das mit EU-Normen problemlos vereinbar, weil es um reines Staatseigentum geht. Daraus liesse sich die Forderung ableiten: Kein Stromabkommen mit der EU ohne öffentlich-rechtliche Netzgesellschaft. Die Linke kann und soll den Druck der EU genau so gezielt für ihre eigenen Ziele einsetzen wie das Economiesuisse beim Steuereossier versucht. Bei der Personenfreizügigkeit haben wir es versäumt, griffige Ausgleichsmassnahmen für das Wohnen (Verbesserung Kündigungsschutz, Förderung gemeinnütziger Wohnungsbau etc.) durchzusetzen.

Micheline Calmy-Rey kommt am 1. Mai nach Zürich. Was würdest du ihr sagen, wenn du neben ihr auf dem Podium am Bürkliplatz stehen würdest.

Mehr auf die wachsende EU-Skepsis der Gewerkschaften achten, die mit Nachdruck vor einer Uebernahme der neoliberal geprägten EuGH-Rechtsprechung im sozialen Bereich warnen. Die flankierenden Massnahmen, etwa zur Personenfreizügigkeit, dürfen auf keinen Fall aufgeweicht oder gar infrage gestellt werden.

Interview für die 1.Mai-Zeitung 2011